

60 Jahre Mauerbau Aus der Geschichte gelernt?

Wild - Nur für Dich

Liebe Leser,

auch diese Augustausgabe hat sich etwas Zeit gelassen, wir arbeiten an pünktlicherem Erscheinen.

Der August brachte nicht nur den Wahlkampfauftakt, sondern es jährten sich der Bau der Berliner Mauer zum 60. mal und die Vertreibung der Deutschen in Frontnähe, insbesondere der Wolgadeutschen in Richtung Kasachstan, den hohen Norden und den Altai an der chinesischen Grenze.

Beide Themen finden in dieser Ausgabe Raum, aber im Editorial möchte ich mich auf einen aktuellen Aspekt Hinweisen: Nicht Long-Covid sondern Long-Mauer.

Der Mauerbau war die einschneidendste Mobilitätseinschränkung in der Geschichte Berlins, mal abgesehen von den letzten Kriegstagen. Alle Straßenverbindungen wurden gekappt, nur einzelne Grenzkontrollpunkte blieben offen, aber für Normalbürger nicht passierbar. Durch den Mauerbau blieben Verkehrsprojekte auf Eis, die Vergleichbar zu Hamburg Bremen oder Frankfurt und dem Ruhrgebiet entsprechend in und um Berlin realisiert worden wären. Aufgrund der Mauer stagnierte der Bau der entsprechenden Infrastruktur bei der Bahn, bei der S- und U-Bahn und vor allem beim Straßenbau.

Bei Maueröffnung wurden zwar schnell die Kontrollpunkte geschleift, es blieben aber Nadelöhre. Was in 28 Jahren Mauer liegengeblieben war, sollte in 31 Jahren nachzuholen gewesen sein. Das täuscht. Die neue Mauer hat grüne Protagonisten. Insbesondere die Verhinderung des Stadtrings über die ehemalige innerstädtische Grenze verursacht Berlin massiven Schaden.

Als Student hatte ich mir in Anfang der 90er Jahre eine Köhlbrandbrükke gewünscht, damit sie die Verkehrsgebiete im Westen und Osten großzügig verbände. Nichts ist passiert seit her. Ein Verbrechen an der Stadt Berlin.

Die erstaunliche Einigkeit, kein besonderes Anliegen in Lückenschlüssen und Ersatzbauten zu sehen, eint die Grünen mit der SPD und den Linken. Aber auch die Senate mit CDU-Beteiligungen haben sich nicht ernsthaft den Verkehrsproblemen der Stadt angenommen.

Straßenbau ist nicht en vogue, man hält sich lieber im Klein klein des Sozialen oder der Kultur auf. Alle Parteien außer der AfD haben Berlin durch ihre Verkehrsverhinderungspolitik einen Bärendienst erwiesen.

Ihr Andreas Wild



Inhalt

Seite 2 Editorial

Wild - nur für Dich

Seite 3-5 Leitthema

60 Jahre Mauerbau
Kundgebung zum 60. Jahrestag
des Mauerbaus

Seite 6-7 Geschichte

180 Jahre Deutschlandlied

Seite 8–9 *Politik*

Berlin

Abgeordnetenmandat und Oligarchisierung

Seite 10–12 Gesellschaft

Alternative Fluthilfe für Deutschland

EichenHerz - Hilfe vor Ort

Seite 13 Geschichte, Leseempfehlung

Im Gedenken an die Wolgadeutschen

Leseempfehlung: Außen Grün, Innen Rot

Seite 14 Leseempfehlung, Geschichte

Leseempfehlung: Am Tag, als Walter Ulbricht starb 1936 – Die Sommerolympiade von



60 Jahre Mauerbau

Am 13. August 1961 sperrte die DDR die bis dahin noch offene innerstädtische Sektorengrenze zwischen dem kommunistisch beherrschten Ostsektor und dem unter dem Schutz der Alliierten stehenden freien Teil der Stadt. Die Uund S-Bahnverbindungen zwischen beiden Teilen Berlins wurden unterbrochen, ebenso die Verkehrsverbindungen aus dem Umland nach West-Berlin. Ost-Berliner und Bewohner der DDR durften ab sofort die DDR nicht mehr nach West-Berlin verlassen.

Die kommunistischen Machthaber der DDR (heutige Nachfolger: DIE LINKE) sahen sich angesichts des unablässigen Flüchtlingsstroms zu diesem Schritt gezwungen, um ein weiteres Ausbluten ihres Machtbereichs zu verhindern und diesen lebensfähig zu halten. Seit 1949 hatten immerhin 2.686.942 Menschen die DDR verlassen, davon 1.649.070 über Berlin, das seit Mai 1952 der einzige für DDR-Bewohner frei zugängliche Fluchtpunkt gewesen war. Mit Rückendeckung der Sowjetunion hatte sich die DDR-Führung nun im Sommer 1961 entschieden, diesen Fluchtpunkt zu schließen.

Ab dem 15. August wurden die ersten provisorischen Stacheldrahtsperren schrittweise durch eine massive Mauer aus Splitbetonplatten, die noch mit Hohlblocksteinen und einem Stacheldrahtaufsatz erhöht wurden, ersetzt. Ab dem 23. August durften auch West-Berliner den Ostsektor nicht mehr besuchen. Am 24. August wurde mit Günter Litfin der erste Ost-Berliner, bei dem Versuch nach West-Berlin zu flüchten, von DDR-Polizisten erschossen.

Für die Berliner waren die Sperrmaßnahmen des 13. August ein tiefgreifender Schock, bewirkten sie im

Bewußtsein der Menschen doch die endgültige Teilung der Stadt. Zwar war Berlin schon seit 1948 politisch geteilt, doch blieb diese Teilung für die meisten Berliner auf Äußerlichkeiten wie Polizeiuniformen und verschiedenartiges Geld beschränkt.

Vor dem Mauerbau blieben familiäre und freundschaftliche Beziehungen von der politischen Spaltung weitestgehend unberührt

Im Bewußtsein der Menschen war Berlin weiterhin eine Einheit geblieben, in der man manchmal nur die Straßenseite wechseln mußte, um von der einen Stadthälfte in die andere zu gelangen. U- und S-Bahn verbanden die beiden Stadthälften, und es gab sogar noch einen grenzüberschreitenden Ausflugsverkehr der Ost-Berliner "Weißen Flotte" zwischen den Havelseen und der Müggelspree. Die familiären und freundschaftlichen Beziehungen der Berliner in beiden Stadthälften hatte die politische Spaltung bislang weitestgehend unberührt gelassen. Das alles hatte sich nun mit einem Schlag geändert. Von nun an waren Eltern und Kinder, Brüder und Schwestern, Freunde und Familien im wahrsten Sinne des Wortes voneinander getrennt.

Die dramatischen Ereignisse des 13. August 1961 trafen "mitten im Frieden" an einem Sonntag in den Sommerferien die schon weitgehend saturierte Gesellschaft des Wirtschaftswunders im Westen und die vergleichsweise ärmlich lebende Bevölkerung im Osten. Auch wenn sich die Ereignisse um den 13. August weitgehend auf Berlin beschränkten, wurden sie doch durch

das Fernsehen bis in die entlegensten Winkel zumindest der Bundesrepublik transportiert. Sie wurden deutschlandweit - abgesehen von den Kommunisten - allgemein als Tragödie von nationaler Bedeutung wahrgenommen. Mit der Schlie-Bung der bislang noch offenen Sektorengrenze in Berlin, schien die auf eine langfristige Wiedervereinigung Deutschlands ausgerichtete Politik der Bundesrepublik endgültig gescheitert. Der im Zusammenhang mit dem Mauerbau deutlich gewordene fehlende Rückhalt durch die Westmächte und die enorme Faktizität der getroffenen Sperrmaßnahmen ließen die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges seit 1945 in Deutschland entstandenen politischen Gegebenheiten für eine Generation als dauerhaft erscheinen und zwangen die bundesdeutsche Politik letztlich zum Bemühen um einen Ausgleich mit der östlichen Seite. Die "Neue Ostpolitik" ab 1969 und die Entspannungspolitik der siebziger und achtziger Jahre sind ein Ergebnis dieses Bemühens.

Nach dem Mauerbau konsolidierte



Dr. Matthias Bath ist ein Kind der Teilung und wurde deren Gegner – und als Fluchthelfer auch Gegner des DDR-Regimes



sich die DDR und die eingesperrte Bevölkerung mußte sich mit ihr angesichts der scheinbar unabänderlichen und auf Dauer angelegten Verhältnisse arrangieren. Dass auch der Mauerbau der DDR nur einen Aufschub von 28 Jahren verschaffen würde, war 1961 noch nicht abzusehen. Ungeachtet des Zwanges zum Arrangement gab es in der DDR-Bevölkerung aber weiterhin verbreitete Wünsche auf Ausreise und Übersiedlung, vor allem in die Bundesrepublik Deutschland. Die fehlenden Ausreisemöglichkeiten sollten bis 1989 eine der größten Belastungen für das innere Gefüge der DDR bleiben. Hiervon zeugen auch die mindestens 138 Berliner Mauertoten, die meist von DDR-Grenzsoldaten bei Fluchtversuchen erschossen wurden, und eine nicht genau bezifferbare Zahl hunderter Todesopfer, die bei der Flucht an der innerdeutschen Grenze, über die Ostsee oder über mittel- oder osteuropäische Drittstaaten ihr Leben ließen. Außerdem wurden von den mehr als 250.000 Politischen Häftlingen, die die DDR in ihrer Geschichte von 1949 bis 1989 hatte, mehr als 72.000 wegen Fluchtversuchen, Ausreisebemühungen und Fluchthilfe inhaftiert. Gar nicht so selten waren auch psychische Erkrankungen aufgrund der Teilung und der Trennung von engen Familienangehörigen, worüber namhafte Ost-Berliner Psychiater, Professor Müller-Hegemann, nach seiner eigenen Flucht in den Westen

1971 ein Buch über das Syndrom der "Berliner Mauerkrankheit" schrieb.

Während sich die DDR und ihre Hauptstadt nach der Unterbindung der Massenflucht hinter der Mauer konsolidierten, stürzte der Mauerbau West-Berlin in eine Krise. Zum einen fürchtete man um die eigene Sicherheit und zweifelte, ob die Westmächte weitergehenden Aggressionen des Ostens überhaupt noch entgegentreten würden. Zum anderen fehlten der boomenden Wirtschaft der stetige Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR. Die erste Sorge löste sich spätestens mit dem Besuch Präsident Kennedys auf, der am 26. Juni 1963 nach Berlin kam und hier die amerikanischen Sicherheitsgarantien für West-Berlin in aller Öffentlichkeit überzeugend bestätigte. Die Wirtschaft indes mußte die auf Dauer fehlenden Arbeitskräfte nun im Ausland anwerben, insbesondere in den Anrainerstaaten des Mittelmeeres und hier vor allem in der Türkei. Hier ist besonders auf das Anwerbeabkommen mit der Türkei hinzuweisen, das am 31. Oktober 1961 gut elf Wochen nach dem Mauerbau - unterzeichnet wurde. Zwischen 1961 und 1971 erhöhte sich die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik von 700.000 auf über drei Millionen. Seit Anfang 1972 stellen die Türken den zahlenmäßig stärksten Anteil an dieser Bevölkerung mit nicht-deutschen Wurzeln. Man sieht also, dass manche Folgen des Mauerbaus sogar die Existenz der DDR überdauert haben.

Es stellt eine gewisse Dialektik der Geschichte dar, dass gerade die vom Osten mit dem Mauerbau erzwungene Entspannungspolitik viele wirtschaftliche und soziokulturelle Voraussetzungen für den Zusammenbruch des Ostblocks und damit auch der DDR schuf, auch wenn dies am Anfang dieser Politik wohl von keinem der Beteiligten so recht erkannt wurde. Auch ließ die scheinbare Stärke der DDR ein weiter bestehendes gemeinsames Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West, gefördert durch die Möglichkeit des Empfanges westlicher Fernsehsender in weiten Teilen der DDR unberührt. Zudem wuchs seit dem Mauerbau in der DDR eine neue Generation heran, die das Trauma des 13. August nicht mehr verinnerlicht hatte. Angesichts dessen und einer für Deutschland günstigen internationalen Situation (die USA unter Reagan und Bush sen. einerseits und die Sowjetunion unter Gorbatschow andererseits) konnte es so zu den Ereignissen des Sommers und Herbstes 1989 kommen, die schließlich in den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 einmündeten.

Das Vermächtnis des 13. August bleibt aber die Mahnung, nicht zu vergessen, wie weit linke Ideologen zur Verwirklichung ihrer Ziele zu gehen bereit sind und wie wenig für sie dabei das Wohlergehen der betroffenen Menschen von Bedeutung ist!

Dr. Matthias Bath

Eindrücke vom Mauerbau – zunächst spaltete ein Stacheldraht das deutsche Volk in "sozialistisch" und "faschistisch" (Matthias Bath)



Kundgebung zum 60. Jahrestag des Mauerbaues

Sechzig Jahre sind kein ganz rundes Jubiläum, aber sang und klanglos den Jahrestag verstreichen zu lassen kam trotz Sommerpause und Coronaschikanen nicht in Frage.

Am 13. August 2021 fand an dem Ort, wo der junge Peter Fechter 1962 von DDR-Grenzern angeschossen wurde und er zu Tode kam – in der Zimmerstraße 26 in Kreuzberg – eine Gedenkkundgebung auf der Bühne des AfD-Trucks statt. Als Redner richteten Dr. Matthias Bath, Hans-Jürgen Georgi und Andreas Wild das Wort an die Berliner.

Auf dem Truck wird eine 4 x 1000 Watt starke Tonanlage mitgeführt. Im Vorfeld hatte ich darüber nachgedacht, nur 2 Boxen mitzunehmen, da das für eine relativ enge Wohnstraße gereicht hätte. Die Versammlungsbehörde hatte aber eine von der SPD-angemeldeten Gegendemo (für den Mauerbau?) in einer Nähe von weniger als 100 Metern zugelassen. Durch deren schlichte aber laute Musik- und Sprachbeiträge verstand man am Mahnmal Peter Fechters kaum noch sein eigenes Wort. Also waren die vier Boxen nicht umsonst mitgenommen.

Dem Demokraten bleibt es ein Rätsel, warum die Versammlungsbehörde eine solch dramatische Störung einer Gedenkveranstaltung zuläßt. Gerade im Falle Peter Fechters fehlt es offenbar an normaler Pietät.

Dem Demokraten bleibt ebenso ein Rätsel, warum Gerichte solche Gegendemonstrationen in solcher Nähe zulassen? Beweist dies deren Unterwanderung durch linkes Gedankengut?

Von den Linken lernen

"Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder", dichtet Johann Gottfried Seume Anfang des 19. Jahrhunderts. Was nicht ausschließt, daß nicht auch böse Leute welche haben. Bei Kundgebungen haben die Linken nämlich regelmäßig Musik, wir nicht.

Also haben wir uns überlegt, einen Live-Sänger auf die Bühne zu holen, dem es gelang mit Coverversionen von Müller-Westernhagen-Titeln ans Herz zu gehen. "Steh' auf", "Laßt uns leben" und "Freiheit" waren im Kontext äußerst kraftvolle Titel.

Matthias Bath wies auf die alliierte Indifferenz zu Mauer hin, die von den Berlinern bis heute nicht richtig verstanden wird. Für die Alliierten brachte die Mauer eine Beruhigung in die "Berlin-Frage". Der nicht enden wollende Strom von Menschen versiegte und das von den Sowjets unterstützte DDR-Regime hatte einen Aufschub bekommen. Wie wir



Durch das Andenken bleibt die Geschichte für einen Moment stehen (TREND)

heute wissen zwar nur 28 Jahre. Aber wie viel menschliche Beziehungen wurden durch diesen barbarischen Akt der Volksspaltung zerstört, wieviel Leid geschaffen und wieviel Verzweiflung! Interessant auch sein Hinweis auf den Zusammenhang mit dem Ende des Zuzugs aus der DDR und Anwerbeabkommen mit der Türkei, datiert vom 31. Oktober 1961, nur gut zehn Wochen später. Bath stellte dazu fest: "Die Mauer ist weg, die Türken sind geblieben."

Hans-Jürgen Georgi legte Zeugnis über seine geglückte Republikflucht im Kofferraum eines Renault4 eines Freundes ab. Das Glück, den Grenzkontrollpunkt Dreilinden in Richtung "Westberlin" verlassen zu dürfen, war dem "Republikflüchtling" Hans-Jürgen Georgi auch heute noch deutlich anzumerken.

Meine Rede wies darauf hin, daß der Mauerbau ein Zeichen dafür ist, daß unsere deutschen Interessen nur wir Deutschen vertreten. Nicht die U.S.A., Rußland oder Brüssel vertritt sie.

Wir selbst müssen für sie einstehen!

Andreas Wild



Zugelassen von den Behörden, geschützt von der Polizei: Eine Demonstration in unmittelbarer Nähe – gegen das Gedenken zum Mauerbau (TREND)



Deutschland, Deutschland über alles... – Vor 180 Jahren entstand das Deutschlandlied

uf den Klippen der damals englisch beherrschten Insel Helgoland verfaßte am 26. August 1841 der Dichter August Heinrich Hoffmann, nach seinem Geburtsort Fallersleben, einem Landstädtchen nordöstlich von Braunschweig, auch Hoffmann von Fallersleben genannt, den Text des vaterländischen Liedes "Deutschland, Deutschland über alles". Hoffmann von Fallersleben war Demokrat, Burschenschafter und Patriot von großdeutscher Gesinnung. Dem Professor für Germanistik an der Universität Breslau hatte sein Arzt zur Erholung Seeluft angeraten, und die Insel in der Nordsee, seit 1806 in britischem Besitz, kam damals als Badeort in Mode.

Bei seinen Spaziergängen in der Einsamkeit des Helgoländer Oberlandes am Rande der Klippen hatte

Bildnis des Dichters Heinrich August Hoffmann von Fallersleben

(Gemälde von Ernst Henseler via wikimedia commons/Niedersächsisches Landesmuseum Hannover)

der Dichter viel Gelegenheit über die Lage seines damals in 39 Einzelstaaten zergliederten Vaterlandes nachzudenken. Dies und die seinerzeit aktuellen französischen Ansprüche auf das linke Rheinufer weckten in Hoffmann patriotische Gefühle und drängten ihn zu einem Gesang der Sehnsucht nach einem geeinten Vaterland, in dem der Partikularismus der Königreiche Preußen, Bayern, Sachsen und der vielen Herzog- und Fürstentümer überwunden würde.

Erst nach Hoffmanns Tod fand sein Lied im Kaiserreich allmählich Anklang und Verbreitung

Der geographische Bezug "von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt" entsprach dem damaligen, politisch zerklüfteten deutschen Sprachraum. Hoffmann konnte die Vertreibung von 1945 ja schlecht 100 Jahre, bevor sie sich zutrug, vorausahnen.

Zwei Tage später wurde Hoffmann auf Helgoland von seinem Hamburger Verleger Julius Campe besucht, dem er das Lied vortrug, woraufhin Campe es spontan für vier Louisdor (nach heutigem Geldwert immerhin 1000,- €) erwarb. Verleger und Autor kamen überein, dem Lied die Melodie der Haydnschen österreichischen Kaiserhymne zu unterlegen, und nach Campes Rückkehr nach Hamburg lag "Das Lied der Deutschen" bereits am 1. September 1841 als Einzeldruck vor. Am 5. Oktober 1841 wurde das "Lied der Deutschen" bei einem Fackelzug Hamburger Turner für den Staatsrechtler und Demokraten Professor Karl Welcker erstmals in der Öffentlichkeit gesungen.

Das Deutschlandlied fand gleichwohl nur langsam Verbreitung, weil es eine starke Konkurrenz vergleichbarer vaterländischer Lieder, wie etwa der "Wacht am Rhein" gab. Für den Verleger Campe war es ein wirtschaftlicher Mißerfolg. Aber auch Hoffmann brachte sein Lied kein Glück. Mit dem Deutschlandlied und seinen "Unpolitischen Liedern" war er als aufmüpfiger "Demagoge" abgestempelt. Die preußischen Behörden sahen in seinen Dichtungen "eine Auflehnung gegen die bestehende Ordnung" und entzogen ihm am 14. April 1842 seine Lehrbefugnis als Professor an der Universität Breslau.

Mit seiner Amtsenthebung begannen für Hoffmann Jahre der Verfolgung und der Flucht. Erst 1845 fand er auf einem Gut in Mecklenburg Unterschlupf. An der Revolution von 1848 nahm der deprimierte und wohl auch eingeschüchterte Hoffmann nur wenig Anteil. Das Deutschlandlied war zwar eines der Lieder, die in den Revolutionsjahren 1848/49 gesungen wurden, aber eben nur eines von vielen.

1860 fand Hoffmann eine Anstellung in der herzoglichen Bibliothek im westfälischen Corvey, wo er auch 1874 verstarb. Mit dem Deutschen Krieg von 1866 war Hoffmanns großdeutscher Traum "Kein Österreich, kein Preußen mehr, ein einzig Deutschland hoch und hehr" endgültig zerplatzt. In Deutschland mußte es ohne Österreich weitergehen. Dass sein Deutschlandlied gegenüber der "Wacht am Rhein" so wenig gesungen wurde, war für Hoffmann im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 nur eine weitere von vielen Enttäuschungen.

Erst nach Hoffmanns Tod fand sein Lied im Kaiserreich allmählich





Der Wunsch nach nationaler Einheit bewegte Hoffmann im Angesicht der deutsche Kleinstaaterei von der Maas bis an die Memel und von der Etsch bis an den Belt zu seinem vaterländischen Lied (ziegelbrenner via wikimedia commons/CC BA-SA 3.0)

Anklang und Verbreitung, wobei ein unbewußtes oder gar bewußtes Mißverstehen der ersten Zeilen des Liedes durchaus eine Rolle gespielt haben mag. Im August 1890 wurde es bei der Feier der Übergabe von Helgoland an Deutschland erstmals bei einem Staatsakt gesungen - ein halbes Jahrhundert, nachdem es hier gedichtet worden war. Anfang des 20. Jahrhunderts gehörte das "Lied der Deutschen" zum festen Bestandteil der deutschen Schulbücher und war bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 eines der populärsten vaterländischen Lieder. Im grauen Novembernebel 1914 diente es in Flandern als Erkennungssignal der gegen die britischen Stellungen vorrückenden deutschen Truppen. Am 11. November 1914 hieß es im Bericht der Obersten Heeresleitung: "Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesang 'Deutschland, Deutschland über alles' gegen die ersten Linien der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie."

Die ersten beiden Strophen sind keine Bestandteile der Nationalhymne mehr, jedoch sind sie nicht verboten

1922 proklamierte der erste Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) das Deutschlandlied zur Nationalhymne des Deutschen Reiches. In der NS-Zeit blieb das Deutschlandlied als Teil einer Doppelhymne mit dem nationalsozialistischen Lied "Die Fahne hoch" – dem sog.

Horst-Wessel-Lied - zwar insgesamt Nationalhymne, doch wurden bei offiziellen Anlässen nur noch die erste Strophe des Deutschlandliedes zusammen mit dem Horst-Wessel-Lied gesungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg einigten sich Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Adenauer im Frühjahr 1952 in einem Briefwechsel darauf, das Deutschlandlied (als ganzes) wieder als Nationalhymne anzuerkennen, wobei bei staatlichen Veranstaltungen aber nur die dritte Strophe (Einigkeit und Recht und Freiheit ...) gesungen werden solle.

Beim Volksaufstand des 17. Juni 1953 wurde das Deutschlandlied vielfach von den aufständischen Demonstranten angesichts der aufziehenden sowjetischen Panzer gesungen. Auch sangen es West-Berliner Demonstranten aus Protest gegen den Mauerbau im August 1961 an der Berliner Sektorengrenze. Die dritte Strophe wurde auch spontan am 9. November 1989 im Deutschen Bundestag angestimmt, als dort die Nachricht von der Öffnung der Berliner Mauer einging.

Nach der Wiedervereinigung wurde am 26. August 1991 - dem 150. Geburtstag des Deutschlandliedes - in einem weiteren Briefwechsel zwischen Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl festgelegt, dass nur noch die dritte Strophe des Deutschlandliedes Nationalhymne des vereinten Deutschlands sei. Dessen ungeachtet bleiben natürlich auch die ersten beiden Strophen Bestandteil des Deutschlandliedes und das Lied insgesamt stellt weiterhin eine textliche und dichterische Einheit dar. Auch wenn die ersten beiden Strophen keine Bestandteile der Nationalhymne mehr sein mögen, so sind sie doch nicht verboten, und ihr Gesang ist jedermann, der dies mag, freigestellt.

Matthias Bath



Abgeordnetenmandat und Oligarchisierung

Manch einer mag sich fragen, wie die AfD, die ja eigentlich eine Alternative zu der in Deutschland betriebenen Politik sein wollte, sich in atemberaubenden Tempo strukturell den etablierten Parteien annähert und letztlich eine weitere davon wird. Sicher ist auch dies eine Folge der hier schon eingehender beschriebenen Verkrustung der Organisation durch das von Michels schon 1911 entdeckte "Eherne Gesetz der Oligarchisierung", wonach Parteiführungen, die eigentlich den Willen der Parteibasis umsetzen sollen, stattdessen die Herrschaft über die Parteibasis erlangen. Eine wesentliche Rolle kommt hierbei den Parlamentariern einer Partei zu.

Gerade den Kandidaten der AfD stellt sich die Frage, was sie nach einer für sie persönlich erfolgreichen Wahl mit dem gewonnenen Mandat anfangen wollen. Sieht man sich als Vertreter grundsätzlicher Opposition und einer Alternative zu der bislang betriebenen Politik oder möchte man nur schlichte parlamentarische Sacharbeit im Rahmen der geltenden Vorgaben leisten und in dieser letztlich aufgehen. Ist

Schließlich wird auch die eigene wirtschaftliche Lebensplanung auf das erlangte Mandat gestützt

ersteres der Fall, so wird man alle Möglichkeiten zur Information und Aufklärung über die bisherige Politik und deren Mängel nutzen und scharfe parlamentarische Gegenpositionen (Alternativen (!)) zu ihr formulieren. Ist letzteres der Fall, wird man wie die 2016 gewählte Berliner Abgeordnetenhausfraktion ohne reale Machtperspektive eine zurückhaltende Politik mit Blick auf eine irgendwann mögliche Regierungsbeteiligung betreiben.

Unabhängig davon wie ein frischgebackener AfD-Abgeordneter diese Eingangsfrage beantwortet, erhält er neben seiner einkommenssteuerpflichtigen Abgeordnetendiät, als eigenem persönlichen Grundeinkommen, monatliche Kostenpauschalen zum Unterhalt eines eigenen Büros und zur Einstellung eigener Mitarbeiter. Auf einmal muß er nicht einmal mehr selber Kaffee kochen oder seine Post sortieren. Er kann Sekretärinnen, Referenten und Wahlkreismitarbeiter beschäftigen, die ihm die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit weitgehend abnehmen. Für die Ausschuß- oder Plenarsitzungen bekommt er sein Mäppchen gepackt, womit ein Hinterbänkler, der sich im übrigen aus den Kontroversen in Parlament, Partei oder Fraktion heraushält, zufrieden sein wird.

Der im Sinne der Eingangsfrage engagierte AfD-Abgeordnete wird in Plenum wie Ausschuß dezidiert AfD-Positionen vertreten, sich ein Wahlkreisbüro einrichten und die dafür vorgesehene Pauschale nicht verfallen lassen und nicht zuletzt – so schwer das sein mag – gute Mitarbeiter suchen.

Der andere wird, in dem Wissen für vier, fünf Jahre ausgesorgt zu haben, sich an seinen monatlichen Kontoauszügen erfreuen. Nach einiger Zeit wird er sich daran gewöhnt haben und davon überzeugt sein, das alles stünde ihm selbstverständlich genauso zu, denn immerhin habe das "der Wähler" ja so gewollt. Mit diesem Gewöhnungseffekt werden schwache Charaktere aber schnell im



Völlerei an den Futtertrögen der Macht: Die Todsünde der Oligarchisierung

("Der Völler" von Georg Emanuel Opiz, 1804, Gouache auf Papier)



Sinne des Parlamentsbetriebs sozialisiert. Schließlich wird auch die eigene wirtschaftliche Lebensplanung auf das erlangte Mandat gestützt. In dem Wissen, daß irgendwann wieder Neuwahlen anstehen, muß allerdings auch unser Abgeordneter Aktivitäten zur Sicherung der eigenen Wiederwahl entfalten. Dazu gehören die eigene Vernetzung in Fraktion und Partei, die Schaffung gegenseitiger Abhängigkeiten, aber auch von Bündnissen und Seilschaften.

In der 2016 gewählten AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat es nur wenige als Parlamentarier herausragende Persönlichkeiten gegeben. Die Mehrheit agierte als eine Truppe grauer Mäuse ohne größere Außenwirkung auf dem ihr vorgegebenen "Berliner Weg". Menschlich verständlich ist, daß sie gleichwohl und wegen ihrer wirtschaftlichen Lebensplanung auch weiterhin dem neu zu wählenden Abgeordnetenhaus angehören wollen. So ist es nicht verwunderlich, daß die in der Abgeordnetenhausfraktion heitlich von bisherigen Abgeordneten ausgehandelte Konsensliste auf ihren ersten zehn Plätzen nur bisherige Abgeordnete und auf den folgenden 14 Plätzen immerhin noch acht bisherige Abgeordnete enthielt. Im Grunde hatten sich hier die informellen Verhandler selbst und ihresgleichen informell als ihre eigenen Nachfolger eingesetzt.

Schon die Art des Zustandekommens der Liste, indem sich die Fraktion aus sich selbst heraus erneuert und dann der "Parteibasis" zur Wahl stellt, ist ein massives Anzeichen von Oligarchisierung. Hinzu kommt, dass die angesprochene "Parteibasis" nicht aus der Mitgliedschaft der Berliner AfD besteht, sondern lediglich den 20 % der Mitgliedschaft, die zuvor auf bezirklichen Delegiertenwahlversammlungen zu Delegierten gewählt wurden. Schon hier geraten weniger bekannte oder aktivere





Die Domestizierung der AfD schreitet voran. Bleibt die AfD ihr eigenes Herrchen? (Philipp Pilz & Joséphine Menge via unsplash)

oder weniger beliebte Mitglieder ins Hintertreffen, obwohl sie doch eigentlich genauso eine Stimme haben müßten, um an den Belangen der Partei mitzuwirken, wenn sie daran interessiert sind. Jedenfalls wurden im Vorfeld der Wahlversammlungen zu Abgeordnetenhaus und Bundestag 80 % der Berliner AfD-Mitglieder von der direkten Mitwirkung an der Wahl der Kandidaten ausgeschlossen.

In Berlin wurden überwiegend Anhänger einer auf Anschlußfähigkeit bedachten Politik als Bundesdelegierte gewählt

Den verbleibenden 20 %, unter denen sich natürlich die bisherigen Abgeordneten, viele Fraktionsmitarbeiter, Bezirksverordnete und Bezirksvorstandsmitglieder befanden, wurde dann die ausgehandelte Konsensliste im Stil einer "Einheitsliste" vorgelegt. Natürlich waren Gegenkandidaturen möglich, wenn auch nicht gerade erwünscht, aber die Macher der Liste setzen auf die vorher getroffenen Absprachen mit den einzelnen Bezirken und die Wirksamkeit der dort organisierten Gefolgschaften unter den überschaubaren Anzahlen von Delegierten.

Mit der im wesentlichen erfolgten

Durchwahl der Kandidaten der Einheitsliste auf der Aufstellungsversammlung am 5./6. Juni 2021 hat sich die bisherige Abgeordnetenhausfraktion als ihre eigene Nachfolgerin durchgesetzt. Auf den ersten 24 Plätzen der Landesliste befinden sich 17 bisherige Abgeordnete. Damit hat sich mit den Abgeordneten ein mediokrer Führungszirkel in der Berliner AfD gebildet, der die Partei wohl auch künftig fest im Griff haben wird. Einen Vorgeschmack darauf bot schon die Wahl der Bundesdelegierten auf dem Landesparteitag am 13. Juni 2021, wo ganz überwiegend Anhänger einer unauffälligen, auf Anschlußfähigkeit zu den etablierten Parteien bedachten Politik zu Bundesdelegierten gewählt wurden. Von den Berliner Delegierten auf dem Bundesparteitag im November wird also auch nichts Positives zu erwarten sein, und sie werden sich dort wohl mehrheitlich im Sinne der weiteren Oligarchisierung der Bundespartei benutzen lassen.

Wie sich die neue, alte Abgeordnetenhausfraktion der grauen Mäuse unter neuer Führung ab November verhalten wird, muß man abwarten. Es bleibt zu hoffen, daß die AfD wenigstens in Ansätzen eine "Alternative für Deutschland" bleibt und nicht zu einer Partei des "Mitmachen wie alle Anderen" (MwaA) degeneriert.

Matthias Bath



Alternative Fluthilfe für Deutschland

Einige Tage nach den Überschwemmungen in der Eifel und dem Rheinland, erkundigte sich Lars Hünich MdL bei mir, ob ich bereit wäre mit dem AfD-Truck eine Hilfslieferung in den Westen der Republik bringen könnte.

Spontan war ich dafür zu haben und innerhalb von zwei Tagen setzte sich eine Hilfsaktion in Bewegung, die etliche helfende Hände miteinander in Verbindung brachte: Von einer Berliner Spendensammlung um Aranca Barfus, einer Sammlung von Großbeerener Bürgern und eine Sammlung von Bürgern aus Blankenfelde.

Kleidung, Kinderkleidung, Drogerieartikel, Spielzeug, Batterien, Taschenlampen ... kaum etwas, das nicht dabei war.

Neben gebrauchten Dingen fand sich auch viel Neuware in den Spendenbündeln, die meisten waren sau-



ber beschriftet.

Der LKW brauchte keine lange Vorbereitung, lediglich ein Schriftzug "Fluthilfe" war zu ergänzen. Am 20. Juli 2021 machten Heinrich Bodden und ich uns auf den Weg in den Westen der Republik. Der LKW war bis zu einer Stapelhöhe von 2 Metern voll, so schwer war der MAN während dieser Nutzungsperiode noch nie.

Über die Porta Wesfalica näherten wir uns dem Rhein, allerdings konnten wir die Rheinbrücke der A1 bei Leverkusen nicht nutzen, da sie gewichtsbeschränkt ist. Das hatte mit dem Hochwasser nichts zu tun, sondern ist ein Symptom für den Zustand der deutschen Straßeninfrastruktur.

Spät in der Nacht erreichten wir Daun in der Eifel. In Daun folgte uns



Der Fluthilfe-Truck in trauter Eintracht mit dem Volksexpress der AfD Brandenburg



unentwegt ein Auto und ich hielt an, um in Erfahrung zu bringen, was der Verfolger wollte. Es war eine junge Frau, die aus ihrem Wagen stieg. "Ob sie denn Fotos von dem Truck machen könnte?" Insbesondere das Heck "Neue Deutsche machen wir selber!" hatte es ihr offenbar angetan.

Auf dem Marktplatz von Daun dann der Showdown der AfD-Ungetüme. Der Volksexpreß parkte friedlich auf dem Marktplatz, der AfD-Truck gesellte sich dazu. Neben dem Volksexpreß erscheint der AfD-Truck eher übersichtlich.

Nach großem Hallo der anderen Fluthelfer aus Brandenburg warfen wir uns in Bett. Am Morgen ein erhebendes Bild der beiden Großfahrzeuge aus dem AfD-Stall.

Die Hilfslieferung wurde in die Nähe von Bitburg gebracht, das Flüßchen Nims war dort mit Gewalt über die Ufer getreten und hatte alles mitgerissen, was nicht betoniert war.

Die Landwirte sind schwer geprüft, Tiere und landwirtschaftliches Gerät fortgespült, vieles funktioniert nicht mehr. Aber die Fluthilfe vermittelten auch Hoffnung. Beeindruckend: Daniel Freiherr von Lützow, MdL und gelernter Maurer, betonierte schon am ersten Tag ein Stück der Einfassung des Flüßchens Nims. Klasse!

Unter den brandenburger Helfern fanden sich auch Berliner, z. B. Frank Wieczorek aus Charlottenburg.

Unsere Hilfslieferung wurde von 10 Helfern in einen leergerräumten Stall verbracht und wir konnten uns wieder auf den Heimweg begeben.

Am 21. Juli 2021 machten sich Heinrich Bodden und ich wieder auf den Heimweg. Am Abend erreichten wir nach 1500 km in 36 Stunden wieder Berlin. *Andreas Wild*



Vollgepackt mit Hilfsgütern und einer frohen Botschaft am Heck ins Krisengebiet



EichenHerz - Hilfe vor Ort

Tach den Überschwemmungen vom 15. Juli gehörten Luis Hill und ich, Aaron Kimmig, zu den ersten aus der Ferne angereisten freiwilligen Helfern im Ahrtal. Nachdem wir in dem stark zerstörten Rheinland-Pfälzer Städtchen Schuld das menschliche Leid und die finanziellen Verluste mit eigenen Augen gesehen hatten, entschieden wir uns kurzerhand, unsere Hilfe zu institutionalisieren und uns den Namen EichenHerz zu geben. Mit einer Webseite, einer E-Post-Adresse für Helfer, Auftritten in den sozialen Netzwerken und eigens eingerichteten Spendenkonten ergriffen wir abermals die Initiative und ermu-

tigten andere, dringend benötigte Hilfe zu leisten und für nach Bedarf ausgewählte Hilfsgüter und Werkzeuge zu spenden.

Von den immer noch nicht eingelösten Versprechungen einer Angela Merkel, die am 19.7. mit ihrem Hofstaat und einer Traube von mehr beobachtend als helfend agierenden Journalisten Schuld besucht hatte, ließen wir uns nicht irreführen und entschieden, Strukturen zu schaffen, die unabhängig vom staatlich "koordinieren" Katastrophenschutz handeln konnten. Für die Bewohner der betroffenen Gebiete trat der Staat nämlich oft als Hindernis und Störer auf: Während sich anfangs die



Luis Hill schöpft in der Eimerkette Schlamm aus dem Keller eines vom Hochwasser betroffenen Hauses (EichenHerz)



Bewohner und Bauern der Dörfer selbst organisiert hatten, grätschten bald Agenten des staatlichen Katastrophenschutzes dazwischen und trampelten die noch junge Pflanze der neu entstehenden Hilfs- und bald wohl Wirtschaftsstrukturen nieder. Dennoch gründete sich bereits nach kurzer Zeit ein Bürgerbüro in Schuld, das Akteure vor Ort effizient und bedarfsgerecht koordinieren konnte.

Der Bedarf an einer neuen und



überparteilichen Hilfsorganisation ist besteht trotz aller Bemühungen der Helfer vor Ort weiterhin. Denn die politischen Strukturen um CDU und Kommunisten sehen ungern Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit – für sie bedeutet das einen Kontrollverlust.

Unbeirrt setzten wir unsere solidarische Arbeit fort: Dem Inhaber des Compact-Magazins Jürgen Elsässer mit seinen ausgewählten Hilfsgütern im Wert von 7.500 Euro verschafften wir Zutritt zum Krisengebiet und halfen ihm, diese an die Bedürftigen im Ort zu verteilen. Nachdem die EichenHerz-Spendenaktion großen Anklang gefunden hatte, verteilten wir unsere eingenommen Spenden an besonders schlimm getroffene Familien in Form von Baumarkt-Gutscheinen. COMPACT schloß sich uns an und legte auf jede unserer Spenden noch einmal den selben Betrag obendrauf. Von EichenHerz gingen



Viele beschädigte Häuser mußten wegen Einsturzgefährdung abgerissen werden

(EichenHerz)

zehntausend Euro an bedürftige Familien. Weitere 3.500 Euro investierten wir in hochwertiges Werkzeug für Helfer, die unserem Aufruf zur Unterstützung der Opfer gefolgt waren. Jede Spende wird zu 100 % an Betroffene weitergeleitet oder für unmittelbare Hilfeleistungen ausgegeben.

Auch wenn sich der mediale Rummel um das Flutgebiet gelegt hat, so ist die Arbeit – auch für EichenHerz – noch längst nicht beendet. Denn der Winter steht vor der Tür.

Aaron Kimmig

Im Gedenken an die Wolgadeutschen

Tm Juli 1941 begannen die grausa-Imen Verbrechen gegen die Deutschen unter dem kommunistischen Joch in Rußland. Der wahnsinnige und paranoide Stalin begann mit der ethnischen Säuberung der Deutschen auf der Krim und deportierte 53.000 Volksgenossen in den Nordkaukasus. Am 26. August 1941 wurde Leningrad und Dnepropetrowsk von 96.000 Deutschen und Finnen gesäubert und zwei Tage später ließ der Oberste Linksextreme in Rußland die Autonome Republik der Wolgadeutschen auflösen und die Deportation aller Rußlanddeutschen aus dem gesamten europäischen Teil des ehemaligen Zarenreiches per Erlaß befohlen. Dann folgt der Schlag gegen die 374.000 Deutschen in der Ukraine. Es starben Hunderttausende.

Auf die Enteignungen folgte die gewaltsame Zwangsumsiedlung durch wochenlangen Transport in Viehwaggons nach Sibirien oder Zentralasien. Nach Ankunft werden aus den Überlebenden Arbeitssklaven für die Rüstungsindustrie gemacht. Etwa 500.000 werden zum Sterben in die baumlose Steppe Kasachstan geschickt, dem Vorgehen der Tür-



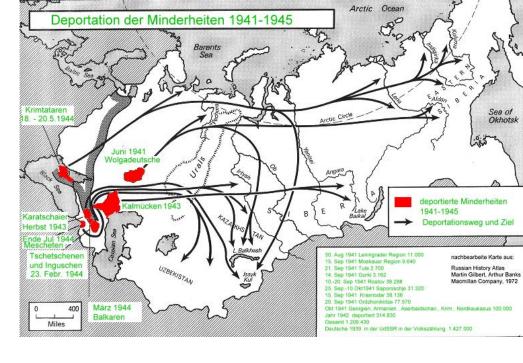
Wolgadeutsche in ihrer traditionellen Tracht



ken gegen die Armenier nicht unähnlich. Manche gruben sich Erdhütten, viele starben an Hunger.

Nach nur einem Jahr waren nach KGB-Angaben 1.209.430 Deutsche deportiert worden. Das sind 82% aller Deutschen in Rußland, ausgehend von der bei der Volkszählung 1939 erfaßten Deutschen in Rußland. Bis zu 700.000 Deutsche werden bei diesem linkseliminatorischen Genozid ermordet. Eine tragische Steigerung der Gewalt gegen Deutsche, die schon während des 1. Weltkrieges stattfand und die Liste der linken Verbrechen gegen das deutsche Volk ließe sich noch sehr viel weiter fortsetzen.

Elias Nicolaus



Deportationen im Sowjetstaat

(Courtois, Stéphane;

Werth, Nicolas; Panné, Jean L.; Paczkowski, Andrzej; Bartosek, Karel; Margolin, Jean L.: Das Schwarzbuch des Kommunismus: Unterdrückung, Verbrechen und Terror, 2001 S. 216-217 via deutsche-kolonisten.de)

Aussen grün, innen rot:

DER UNHEIMLICHE AUFSTIEG DER GRÜNEN

ie von ihren Kritikern als Melonenpartei bezeichneten Grünen haben in den letzten Jahren einen unheimlichen Aufstieg erlebt. Der Autor zeichnet kritisch diesen Weg nach und beantwortet die Frage, wie der Erfolg dieser Gruppierung möglich war. Erstmals melden sie mit Baerbocks Kanzlerkandidatur Anspruch auf das höchste Regierungsamt an.

Christian Schwochert nimmt die Grünen unter die Lupe: Von den umweltbewußten Anfängen über die Übernahme von Regierungsverantwortung bis zu der verbotsbasierten Politik der heutigen Grünen.

Die einstige Umweltpartei ging einen Weg über einen Außenminister, der aufgrund nicht vorhandener Lager und Menschenrechtsverletzungen einen Angriff auf Serbien gutheißt, hin zu einer Partei, die heute die Abschaffung des Deutschen Staates betreibt.

Das Buch geht der bedrohlichen Entwicklung nach, wie die Grünen Einfluß auf das Denken der Deutschen genommen haben und wie es Ihnen immer wieder gelingt, sie zu einem Verhalten zu bewegen, das ihnen selbst schadet.

Andreas Wild

LESEMPFEHLUNG



Christian Schwochert "Außen grün - innen rot: Der unheimliche Aufstieg der Grünen"

Jaron Verlag, 2020, 240 S., 18,00 € ISBN 978-3-89773-825-6



Lösung des Ethnosolidaritätskreuzworträtsels

in dieser Zelle hat sich ein Fehler eingeschlichen S Α Α M AMA A S 0 0 S S N Ε 0 T Α A Ε X U S ı G R A T 0 R S S R S V 0 R S 0 R Ε

TATährend der Teilung Deutschlands entwickelte sich die von der DDR geschlossene innerdeutsche Grenze zu der wohl am schärfsten und technisch am besten ausgebauten und bewachten Grenzanlage der Welt. Als letzten Ausweg aus der hermetisch abgeriegelten DDR wagten manche Menschen die lebensgefährliche Flucht über die Ostsee, um so nach Schleswig-Holstein, Dänemark oder Schweden zu gelangen. Rund 6000 Fälle eines solchen Fluchtversuchs wurden bekannt, mindestens 164 Menschen ertranken dabei, etwa 1000 Personen schafften es über das Meer in die Freiheit.

Auch das junge Ost-Berliner Pärchen Carola Weigand und Hartmut Battin fühlt sich in der DDR eingesperrt und entscheidet sich, mit einem Faltboot von Rügen aus nach Dänemark zu flüchten. Bei den Vorbereitungen werden sie von Carolas West-Berliner Cousin unterstützt, der den beiden vom dänischen Gedser aus mit einer gemieteten Motoryacht entgegenkommen will.

Das Vorhaben startet in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1973, mitten während der in Ost-Berlin stattfindenden X. Weltjugendfestspiele. Während die Flüchtlinge von einem dänischen Fischkutter gerettet werden, gerät der West-Berliner Fluchthelfer, von einem Grenzboot aufgebracht, in die Fänge der DDR und muß sich dort auf einen längeren Aufenthalt einrichten.

An Bord des Fischkutters erfahren die Geretteten durch Radio DDR vom Ableben Walter Ulbrichts, das für sie nun keine weitere Bedeutung mehr hat.

Es handelt sich um ein athmosphärisch dichtes, hartes, aber gerade deswegen auch authentisches Buch zu den damaligen Lebensverhältnissen im geteilten Deutschland.

Herbert Hermann

Das überaus lesenswerte Buch ist inzwischen leider nur noch antiquarisch erhältlich. Das TREND-Magazin verfügt noch über ein Restexemplar, das es unter Ausschluß der Rechtswegs unter seinen Lesern verlost. Interessenten können sich bis zum 1. Oktober 2021 bei der Redaktion unter Angabe des Stichwortes "Ostseeflucht" melden.



Horst Bosetzky/Jan Eik "Der Tag, als Walter Ulbricht starb" Jaron Verlag, 2017, 284 S., 9,95 € ISBN 978-3-89773-825-6

1936 – Die Sommerolympiade von Berlin

m 1. August 1936 erklärte das damalige Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches im Berliner Olympiastadion vor 100.000 begeisterten Zuschauern "die XI. Olympischen Spiele moderner Zeitrechnung für eröffnet". Für Berlin begannen damit 16 Tage des sportlichen Wettstreits der Völker und als Gastgeberstadt für die Jugend der Welt.

Berlin hatte sich Ende Mai 1930 um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1936 beworben und am 13. Mai 1931 vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) gegen den Mitbewerber Barcelona den Zuschlag erhalten. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten aufkommende Zweifel, ob Deutschland als Gastgeber die "Olympische Charta" einhalten und achten werde, entkräftete die Reichsregierung bereits im Sommer 1933 gegenüber dem IOC mit der Erklärung, die Spiele in Berlin würden "allen Rassen und Konfessionen" offenstehen. Eine von der internationalen Linken getragene Boykottbewegung gegen die Spiele in Berlin blieb daraufhin erfolglos.

Zur Vorbereitung der Spiele entstanden in Berlin 1934-36 nach Plänen des Architekten Werner March das Reichssportfeld mit dem 100.000 Zuschauer fassenden Olympiastadion als Zentrum und westlich der Stadt bei Döberitz das olympische Dorf mit 140 einstöckigen und fünf zweistöckigen Wohnbauten für die männlichen Teilnehmer. Für die weiblichen Athletinnen entstanden Unterkünfte im Bereich des Reichssportfeldes.

Mit 49 teilnehmenden Nationen und 3961 Athleten stellten die Spiele von Berlin einen neuen Teilnehmerrekord auf. Erstmals fand auch ein olympischer Fackellauf statt. Nach der Idee des Generalsekretärs des "Deutschen Reichsausschusses für



Leibesübungen", Carl Diem, wurde am 20. Juli 1936 eine olympische Fackel im griechischen Olympia entzündet und danach durch 3.400 Fackelläufer zur Eröffnungsveranstaltung nach Berlin getragen. Der Lauf führte durch sieben Länder über eine Distanz von 3.075 Kilometer. Am 1. August erreichte die Fakkel um 11.42 Uhr das Berliner Stadtgebiet. Schlußläufer des Fackellaufs war der deutsche Leichtathlet Fritz Schilgen, er entzündete während der Eröffnungsveranstaltung die Olympische Flamme.

Dramatische Höhepunkte der 16 olympischen Tage von Berlin waren aus deutscher Sicht die ersten leichtathletischen Erfolge am 2. August, der Ritt des Freiherrn von Wangenheim mit gebrochenem Schlüsselbein, der trotz seiner Verletzung am 16. August die Goldmedaille im Vielseitigkeitsreiten der Mannschaften sicherte, und die verlorene Goldmedaille der deutschen 4x100-Meter-Staffel, als deren Schlußläuferin nach dem letzten Wechsel den Stab verlor. Star der Spiele wurde jedoch der farbige US-Leichtathlet Jesse Owens. Der Student aus Ohio wurde mit vier Goldmedaillen erfolgreichster Sportler der Spiele und gewann auch gegen den deutschen Weitspringer Lutz Long mit 8,06 Metern Gold. Erfolgreichster deut-





(Screenshot Wikipedia)



Der Wettstreit der Völker im Sport wurde politisiert – dennoch versammelten sich die Zuschauer nicht wegen Hitler, sondern aus Interesse am Weltereignis

scher Athlet war der Turner Konrad Frey, der drei Goldmedaillen, eine Silbermedaille und zwei Bronzemedaillen gewann.

In der Nationenwertung gewann Deutschland 33mal Gold, 26mal Silber und 30mal Bronze. Zweitplazierte Nation waren die USA mit 24mal Gold, 20mal Silber und 12mal Bronze. Auf den weiteren Medaillenrängen folgten Ungarn, Italien und gleichauf Finnland und Frankreich.

Die 16 olympischen Tage von Berlin beschränkten sich nicht nur auf die Wettkämpfe in den Sportarenen, sondern erstreckten sich über ganz Berlin, das darum auch festlich geschmückt war. Über 500.000 Besucher aus allen Teilen der Welt füllten

die Stadt, in der ständig Konzerte, Theatervorstellungen, Musik- und Tanzfestivitäten, Ausstellungen, Unterhaltungs- und andersartige Festlichkeiten abgehalten wurden.

Zum festlichen Ausklang der Spiele richtete Propagandaminister Joseph Goebbels am 15. August mit einer "Italienischen Nacht" auf der Pfaueninsel ein gigantisches Sommerfest für über 2.700 Gäste, mehr als die Hälfte davon Ausländer, aus. Die gesamte Insel war hierzu in eine Märchenlandschaft verwandelt worden und für diesen Anlaß durch eine extra von Pionieren der Wehrmacht errichtete Pontonbrücke mit dem Festland verbunden worden. Neben dem griechischen Königspaar, Prinz Hendrik der Niederlande, dem preußischen Hochadel und dem diplomatischen Korps hatte Goebbels die bekanntesten Persönlichkeiten aus der Kunst-, Theater-, Opern-, Konzert- und Filmwelt eingeladen. Um Mitternacht endete der offizielle Teil des Festes mit einem feenhaften Feuerwerk.

Heute wird den damaligen Machthabern durchweg vorgeworfen, die Spiele für Propagandazwecke mißbraucht zu haben. So habe man einerseits Deutschland gegenüber dem Ausland als friedliebende und weltoffene Kulturnation dargestellt und die wahren Zustände im Lande



schöngefärbt. Mit flaggen- und girlandengeschmückten Häusern und Straßen sei eine perfekte Fassade aufgebaut worden, um den ausländischen Gästen den Eindruck eines ordentlichen, sauberen, zivilisierten und sozialen Deutschlands zu vermitteln. Andererseits habe man gegenüber dem In- und Ausland auch auf der Grundlage der erzielten sportlichen Erfolge – einen Nimbus deutscher Überlegenheit gegenüber dem Rest der Welt konstruiert. So habe die nationalsozialistisch geprägte Presse die deutschen Sporterfolge besonders hervorgehoben und geschickt mit dem NS-Regime in Zusammenhang gebracht. Das Regime habe alles genutzt, um mit einem propagandistischen Gesamtkunstwerk sich selbst gut in Szene zu setzen und so den Deutschen mehr Selbstbewußtsein und Stolz auf ihr Land zu vermitteln. Außerdem hätte die NS-Führung die Spiele als Gelegenheit genutzt, antike olympische Symbole und Traditionen in den Dienst der eigenen Ideologie zu stellen. Letztlich sei der Sport damit für politische Zwecke mißbraucht worden.

Doch Halt: Ist es denn heute sehr viel anders? Man denke nur an den Vorstoß des Münchner Stadtrates zur Illuminierung der Allianz-Arena während des Ungarn-Spiels am 23. Juni in den Farben der Regenbogenfahne. Im Grunde handelte es sich bei diesem Ansinnen um einen politischen Protest gegen eine Entscheidung des ungarischen Parlaments - also des Parlaments eines anderen souveränen Staates -, das ein Gesetz verabschiedet hatte, das dem hiesigen linksliberalen Mainstream von CSU bis Schwulenlobby mißfällt. Der ungarischen Mannschaft sollte angesichts dessen zugemutet werden, in einem gegen ihr Land eingefärbten Stadion zu spielen. Dass es sich hierbei um eine Geste extremer Unsportlichkeit gegenüber der ungarischen Nationalelf handeln würde, ist keinem der

"weltoffenen, liberalen und toleranten" deutschen Akteure aufgefallen.

Hier wird zwar nicht mehr wie 1936 an einem Nimbus deutscher Überlegenheit, wohl aber an einem Nimbus deutscher Überheblichkeit gebastelt, dem Rest der Welt zu zeigen, was Freiheit, Toleranz und Vielfalt seien. Die "Mannschaft", der ihr "Deutsche Fußballnational-" schon vor Jahren abhanden gekommen ist, übt sich derweil in Demutsgesten gegen Rassismus, für black lives matter und was sonst noch al-

lem.

Früher sollte der Sport vor allem Leistungen und Erfolge erzielen, heute steht eher das "Haltung Zeigen" im Vordergrund. Der sportliche Erfolg erscheint demgegenüber nachrangig und kann oft auch nicht mehr erzielt werden. Das ist aber auch nicht so wichtig, Hauptsache man zeigt die richtige Gesinnung. Damit ordnet sich der Sport aber genau wie vor 85 Jahren in die ihm anempfohlene Politik ein. *MB*

Mehr antik als nationalsozialistisch wirkt die offizielle Plakatwerbung für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin

